

# **Massenhafte Verhaftungen in der VAE während des Irankriegs 2026: Britische Touristen und Expats im Fokus der medialen Berichterstattung – Eine Analyse der unterschiedlichen Darstellung internationaler Verhaftungen**

Der Irankrieg 2026 hat zu einer beispiellosen Welle von Verhaftungen in den Vereinigten Arabischen Emiraten geführt, wobei die Festnahmen primär von internationalen Touristen und Expats betroffen sind, die gegen die drakonischen Cyberkriminalgesetze verstoßen haben sollen. Während die britische Presse und internationale Medien intensiv über die Verhaftung von mindestens 35 bis 70 britischen Bürgern in Dubai berichtet haben, bleiben Informationen über Deutsche, die unter ähnlichen Umständen festgenommen wurden, weitgehend in den Hintergrund gedrängt. Diese Analyse untersucht den Kontext des Krieges, die Dokumentation der britischen Verhaftungsfälle, die verfügbaren Informationen über deutsche Verhaftete und die strukturellen Gründe, warum bestimmte Nationalitäten prominenter in der Berichterstattung vertreten sind als andere. Die Quellen zeigen, dass deutsche Staatsangehörige tatsächlich verhaftet wurden, ihre Fälle jedoch weniger prominent in den Medien dokumentiert sind, was auf unterschiedliche Faktoren wie Bevölkerungszahlen in der VAE, mediale Aufmerksamkeit und die Aktivität von Advocacy-Organisationen zurückzuführen ist.

## **Der Irankrieg 2026 und seine Auswirkungen auf die Golfregion**

Der Irankrieg 2026 markiert eine fundamentale Eskalation in der seit Jahren gespannten Lage im Nahen Osten. Der Konflikt begann am 28. Februar 2026 mit koordinierten Angriffen Israels und der Vereinigten Staaten auf den Iran<sup>13</sup>. Die Angriffe richteten sich zunächst gegen hochrangige iranische Amtsträger, Militärkommandeure und strategische Einrichtungen, darunter Anlagen des iranischen Atomprogramms<sup>13</sup>. Als unmittelbare Reaktion startete der Iran Gegenangriffe auf israelisches Territorium und auf mehrere US-Militärbasen in der Region<sup>13</sup>. Diese Vergeltungskampagne, als „Aufrichtige Verheißung“ bezeichnetes Unternehmen, führte zu massiven Luftabwehreinsetzungen in der gesamten Golfregion, besonders in den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Die militärische Eskalation hatte unmittelbare und dramatische Konsequenzen für die Zivilbevölkerung und Touristen in der Region. Bei der iranischen Reaktion auf die israelisch-amerikanischen Operationen wurden Drohnen und Raketen gegen die VAE abgefeuert, wobei die Luftverteidigungssysteme der Emirate diese Angriffe teilweise abfangen konnten<sup>14</sup>. Nach offiziellen Berichten wurden mindestens 13 Raketen und 27 Drohnen in den Vereinigten Arabischen Emiraten abgefangen<sup>6</sup>. Diese Abwehrkämpfe fanden nicht im verborgenen Luftraum statt, sondern spielten sich teilweise über bevölkerten Gebieten ab, was zu Rauch, Explosionswolken und

sichtbaren Verteidigermaßnahmen führte. Besonders dramatisch war der Vorfall, als ein iranisches Drohne nahe des Flughafens Dubai abstürzte, was Video- und Fotoaufnahmen zahlreicher Touristen und Arbeiter anzog, die das Ereignis dokumentierten.

Die unmittelbaren Folgen dieser Eskalation für den Tourismus und die Expat-Gemeinschaft waren verheerend. Das Flugverkehrschaos war beispiellos: Schätzungsweise 32.000 Flüge wurden über die gesamte Golfregion storniert, was zu massiven Verzögerungen und Unannehmlichkeiten führte<sup>24</sup>. Etwa 300.000 Britons befanden sich plötzlich in einer unsicheren Lage, viele von ihnen gestrandet in Dubai, Abu Dhabi und anderen Emiraten<sup>24</sup>. Die Luftraum-Sperrungen führten zu beispiellosen Verkehrsstaus am Flughafen und zur Umdisponierung von tausenden internationalen Flügen. Besonders bemerkenswert ist, dass die VAE vor Beginn des Krieges ein stabiles und attraktives Ziel für Tourismus war: Dubai hatte bereits im ersten Quartal 2025 über eine Million britische Touristen begrüßt<sup>26</sup>.

Das Ausmaß der kriegerischen Aktivität im Luftraum war beispiellos. Die Luftverteidigungssysteme der VAE waren ständig in Betrieb, und jeder Abwehrvorgang war von verschiedenen Orten in Dubai und Abu Dhabi sichtbar. Der Rauch von Explosionen, die Blitze von Raketenstarts und die Geräusche von Luftkämpfen wären für jeden touristischen Besucher unmissverständlich erkennbar gewesen. Diese Situation schuf eine paradoxe Lage: Einerseits war es ganz natürlich, dass Touristen und Bewohner diese historischen und persönlich bedeutsamen Ereignisse dokumentierten, um ihre Familien und Freunde zu benachrichtigen oder um die Wirklichkeit von Kriegsereignissen zu bezeugen. Andererseits hatten die Behörden der VAE bereits vor dem Krieg strenge Gesetze erlassen, die das Fotografieren und Filmen von sicherheitskritischen Inhalten verboten. Diese Gesetze sollten nun unter Bedingungen massiver Eskalation aggressiv durchgesetzt werden.

## **Die Verhaftungswelle britischer Touristen und Expats in Dubai**

Die Reaktion der VAE-Behörden auf die Dokumentation der Kriegsereignisse war schnell und umfassend. Obwohl es zunächst öffentliche Warnungen gab, eskalierte die Durchsetzung der Cyberkriminalgesetze rasch zu einer Welle von Massverhaftungen<sup>18</sup>. Laut Berichten der Advocacy-Organisation "Detained in Dubai" wurden mindestens 100 bis mehrere hundert Personen verhaftet, wobei die britischen Staatsangehörigen die sichtbarste Gruppe bildeten<sup>18</sup>.

Die dokumentierten Fälle zeigen das Ausmaß und die Willkürlichkeit der Verhaftungen. Ein besonders prägnanter Fall betrifft einen 60-jährigen britischen Touristen aus London, der in Dubai festgenommen wurde, nachdem er angeblich iranische Raketen gefilmt hatte<sup>2</sup>. Besonders bemerkenswert ist, dass dieser Mann den Behörden sofort gegenüber kooperativ war: Er löschte das Material unmittelbar von seinem Telefon, als er von den Behörden danach gefragt wurde<sup>2</sup>. Trotz dieser Kooperation wurde er angeklagt und sieht sich Vorwürfen gegenüber, die ein Strafmaß von bis zu zwei Jahren Gefängnis und Geldstrafen von bis zu 40.000 Britischen Pfund (etwa 53.000 US-Dollar) nach sich ziehen könnten<sup>2</sup>. Dieser Fall ist besonders aussagekräftig, denn er zeigt, dass auch die unmittelbare Komplianz mit behördlichen Anordnungen keinen Schutz vor strafrechtlicher Verfolgung bietet.

Ein weiterer dokumentierter Fall bezieht sich auf einen Londoner Flugbegleiter der Airline FlyDubai, der am 7. März 2026 fotografiert haben soll, wie eine iranische Drohne in der Nähe des Flughafens Dubai zerbrach<sup>8</sup>. Der Flugbegleiter teilte die Fotografien mit Kollegen, um Informationen zu sammeln und seine Sicherheit zu überprüfen. Dies war ein völlig verständlicher und nachvollziehbarer Akt menschlicher Sorge und beruflicher Kommunikation. Dennoch wurde er verhaftet, nachdem die Polizei sein Mobiltelefon durchsuchte<sup>2</sup>.

Die Verhaftungsverfahren selbst zeigen ein System der systematischen Unterdrückung. Polizeikräfte positionierten sich an Orten, an denen Kriegereignisse sichtbar waren, und forderten Passanten auf, ihre Mobiltelefone zu öffnen<sup>2</sup>. Jeder Telefonbesitzer, auf dem Bilder oder Videos von iranischen Drohnenangriffen, Raketenabwehr oder Explosionsfolgen gefunden wurden, wurde verhaftet<sup>2</sup>. Diese Praxis war besonders aggressive in den ersten Tagen des Krieges, wenn die höchsten Chancen bestanden, dass unachtsame Touristen noch Material auf ihren Geräten hatten.

Was die Zahlen betrifft, ist die Berichterstattung bemerkenswert eindeutig: Nach Angaben von "Detained in Dubai" und der Advocacy-Organisation "Dubai Watch" wurden mindestens 35 britische Staatsangehörige in Dubai verhaftet<sup>2</sup>. Eine ähnliche Anzahl wurde in Abu Dhabi festgenommen<sup>2</sup>. Radha Stirling, die Geschäftsführerin von "Detained in Dubai", schätzte jedoch, dass die Gesamtzahl möglicherweise zwischen 50 und 70 liege, mit der Möglichkeit, dass die endgültige Zahl sogar 100 bis 150 erreichen könnte<sup>30</sup>. Diese Diskrepanz zwischen offiziellen Zahlen und Schätzungen der Advocacy-Gruppe deutet darauf hin, dass viele Fälle möglicherweise nicht vollständig dokumentiert oder öffentlich gemacht sind. Die einzigen offiziellen Bestätigungen der VAE kamen spät: Der Generalstaatsanwalt der VAE bestätigte später die Verhaftung von zehn ausländischen Staatsbürgern, was deutlich unter den berichteten Zahlen liegt<sup>7</sup>.

Die Bedingungen in den Gefängnissen, wo diese Personen festgehalten wurden, wurden als deutlich unter internationalen Standards liegend beschrieben. Nach Berichten von "Detained in Dubai" wurden Häftlinge in überraschend engen Zellen untergebracht, teilweise unter unsaubereren Bedingungen<sup>2</sup>. Mindestens ein britischer Gefangener behauptete, von Polizisten in seiner Zelle sowie von anderen Insassen misshandelt worden zu sein<sup>2</sup>. Besonders bemerkenswert ist, dass Häftlingen der Zugang zu konsularischen Vertretern verwehrt wurde: Das britische Außenministerium wurde nicht automatisch benachrichtigt, und viele Häftlinge durften nicht mit dem Foreign Office sprechen<sup>2</sup>. Von den Dutzenden Verhafteten erhielten nur fünf konsularische Hilfe für die speziellen Anklagen im Zusammenhang mit Fotoaufnahmen<sup>2</sup>.

Radha Stirling, die Leiterin von "Detained in Dubai", charakterisierte die Situation als massiven Verstoß gegen grundlegende Menschenrechte. Sie erklärte: "Britische Staatsbürger werden unter überfüllten Bedingungen festgehalten, ihnen werden Medikamente verweigert, und sie werden unter Druck gezwungen, Geständnisse ohne juristische Vertretung zu unterzeichnen. Dies ist ein ernsthafter Verstoß gegen den Schutz. Unmittelbare und robuste diplomatische Intervention ist erforderlich, um ihre Wohlfahrt zu sichern und ihre Freilassung zu gewährleisten."<sup>8</sup> Diese Aussagen deuten auf systematische Menschenrechtsverletzungen hin, die über die bloße Strafjustiz hinausgehen.

Die internationalen Reaktionen waren unterschiedlich. Der französische Präsident Emmanuel Macron kündigte an, dass Frankreich über seine Botschaft verhandelt, um die "zügige Freilassung"

von drei französischen Bürgern zu erwirken, die unter ähnlichen Umständen verhaftet worden waren<sup>19</sup>. Das britische Außenministerium gab nur vage Aussagen ab, wonach es "konsularische Unterstützung für eine kleine Anzahl britischer Staatsangehöriger" bereitstellte<sup>30</sup>. Dies war bemerkenswert schwach im Vergleich zur Schwere der Situation. Der britische Außenminister und seine Regierung hätten eine deutlichere diplomatische Position einnehmen können, was das Fehlen einer klaren, energiegelassen britischen Reaktion unterstreicht.

## **Die Cyberkriminalgesetze der VAE: Die rechtliche Grundlage der Verfolgung**

Die Verhaftungen waren nicht willkürlich im rechtlichen Sinne, sondern basierten auf bereits bestehenden Gesetzen der VAE zur Cyberkriminalität, die unter den außergewöhnlichen Kriegsbedingungen des Jahres 2026 aggressiv durchgesetzt wurden. Die betreffenden Gesetze der VAE verbieten die Veröffentlichung oder das Teilen von Inhalten, die "die öffentliche Sicherheit stören" könnten<sup>2</sup>. Dies schließt iranische Raketeneinschläge ausdrücklich ein<sup>2</sup>.

Die Breite dieser Gesetze ist bemerkenswert. Es ist nicht nur das unmittelbare Fotografieren und Filmen von Kriegsereignissen verboten. Vielmehr können auch das bloße Weitergeben, das Kommentieren und sogar das Empfangen und Nicht-Löschen von Bildern und Videos zu Verhaftungen führen<sup>[2, 8]</sup>. Ein Fall, über den von "Detained in Dubai" berichtet wurde, illustriert dies: Ein kanadischer, ein russischer und ein deutscher Staatsangehöriger wurden verhaftet, nachdem sie privat ein Foto eines Drohnenangriffs auf ihr eigenes Wohnhaus an Familienmitglieder geschickt hatten, nur um sich selbst als sicher zu versichern<sup>18</sup>. Dies ist ein kernmenschlicher Impuls – die Versicherung von Angehörigen, dass man noch am Leben ist – wurde damit zu einem Anlass für strafrechtliche Verfolgung gemacht.

Die Strafen für Verstöße sind erheblich. Nach VAE-Cyberkriminalgesetzen können Geldstrafen zwischen etwa 4.700 Euro und 47.000 Euro verhängt werden, kombiniert mit bis zu zwei Jahren Gefängnis und einer Ausweisung aus dem Land<sup>7</sup>. Noch bemerkenswerter ist, dass Strafen akkumulieren können, wenn mehrere Videos geteilt oder auf mehreren Plattformen gepostet werden<sup>7</sup>. Dies bedeutet, dass eine Person, die drei verschiedene Videos teilt, theoretisch bis zu sechs Jahren Gefängnis und Geldstrafen in Höhe von bis zu 141.000 Euro nach sich ziehen könnte. Radha Stirling warnte davor: "Ein einziges Video kann schnell dazu führen, dass Dutzende von Menschen strafrechtlich verfolgt werden."<sup>7</sup>

Besonders bemerkenswert ist, dass die VAE nicht nur authentische Fotos und Videos von Kriegsereignissen verbietet, sondern auch AI-generierte oder manipulierte Inhalte<sup>7</sup>. Nach Berichten wurden einigen Verhafteten auch Vorwürfe gemacht, dass sie AI-generierte Bilder von Explosionen und Angriffen verbreitet haben sollen<sup>7</sup>. Dies zeigt, dass die Behörden versuchten, ihre Kontrolle auch auf hypothetische und nicht authentische Inhalte auszudehnen.

Die VAE führte auch auf technische und kommunikative Weise Kampagnen durch, um die Öffentlichkeit einzuschüchtern. Touristen und Bewohner in der Nähe von Angriffszielen erhielten SMS-Nachrichten auf ihren Telefonen, in denen es hieß: "Das Fotografieren oder Teilen von Sicherheits- oder kritischen Orten oder das erneute Posten unzuverlässiger Informationen kann zu rechtlichen Maßnahmen führen und die nationale Sicherheit und Stabilität gefährden."<sup>2</sup> Diese

Warnung war präventiv gedacht, zeigte aber auch, dass die Behörden sehr bewusst waren, dass Menschen versuchen würden, diese Ereignisse zu dokumentieren.

Die Enforcement-Kampagne war systematisch und war koordiniert. Nach Angaben von "Reporter ohne Grenzen" gab die saudische Regierung eine Kampagne unter dem Hashtag "Fotografie dient dem Feind" aus, die mit 2. März 2026 begann<sup>5</sup>. Diese Kampagne zeigte visuell, wie Kameras und Fotografen als Waffen oder Propagandainstrumente dargestellt wurden<sup>5</sup>. Flankiert wurde dies von einer Regierungserklärung, die das "Teilen von Gerüchten oder Videos unbekannter Herkunft" verbietet und die Öffentlichkeit auffordert, "nur offiziellen Regierungsquellen" zu vertrauen<sup>5</sup>. Dies war eine klassische autoritäre Informationskontrollstrategie, die mit physischen Verhaftungen kombiniert wurde.

## **Internationale Auswirkungen: Die UN-Perspektive auf Menschenrechtsabbauten**

Die Verhaftungen in der VAE waren nicht isoliert zu verstehen. Sie waren Teil einer größeren regionalen Unterdrückungswelle, die von der Vereinten Nationen dokumentiert wurde. Der UN-Menschenrechtskommissar Volker Türk berichtete von etwa 3.000 Festnahmen in der gesamten Region, durchgeführt für das bloße Äußern von Meinungen, das Teilen von Videos oder das Üben von Kritik<sup>3</sup>. Die Zahlen waren bemerkenswert:

Im Iran selbst wurden nach Angaben des UN-Menschenrechtsbüros in Genf seit Kriegsbeginn 2.345 Menschen festgenommen<sup>3</sup>. Die Vorwürfe lauteten auf Spionage, Terrorismus oder Zusammenarbeit mit dem Feind – vage Kategorien, die umfassende Unterdrückung ermöglichten<sup>3</sup>. In Israel wurden in der ersten Kriegswoche 200 Palästinenser verhaftet, teilweise wegen angeblicher Aufwiegelung und "Verherrlichung des Feindes"<sup>3</sup>. Die VAE verurteilte in Schnellverfahren 109 Menschen, die Videos von Einschlägen und Abwehrraketen geteilt hatten<sup>3</sup>. In Katar wurden 313 Personen festgenommen, weil sie filmten oder Informationen weitergaben<sup>3</sup>. Bahrain verhängte Festnahmen wegen Social-Media-Beiträgen, mit Todesstrafe für Spionagevorwürfe – ein Aktivist starb laut UN-Angaben in Haft<sup>3</sup>. Kuwait führte Gefängnisstrafen und hohe Geldstrafen für das "Untergraben des Militärs" ein<sup>3</sup>. Jordanien nahm mindestens vier Menschen wegen politischer Kritik fest<sup>3</sup>.

Diese breite Unterdrückungswelle zeigt, dass die Verhaftungen in der VAE als Teil eines systematischen Musters verstanden werden müssen, in dem autoritäre Regierungen Kriegsbedingungen nutzen, um grundlegende Freiheiten zu unterdrücken.

## **Die Pressefreiheit unter Druck: Mediale und journalistische Folgen**

Ein weiterer Aspekt dieser Unterdrückungswelle war die spezifische Auswirkung auf Journalisten und freie Berichterstattung. Die von "Reporter ohne Grenzen" dokumentierten Fälle zeigen, dass in mehreren Ländern der Golfregion die Pressefreiheit massiv unter Druck kam. In Bahrain (das 157. Land auf der Pressefreiheits-Rangliste von "Reporter ohne Grenzen") war der Zugang von Journalisten zu betroffenen Gebieten stark eingeschränkt<sup>5</sup>. Reporter durften Orte von Angriffen erst

betreten, nachdem die Behörden ihre Ermittlungen abgeschlossen hatten<sup>5</sup>. Ein weiteres herrschendes Klima der Angst hinderte viele Menschen daran, mit den Medien zu sprechen<sup>5</sup>.

In Katar (auf Platz 79 der Pressefreiheits-Rangliste) hatte das Innenministerium seit Kriegsbeginn das Fotografieren und die Verbreitung von Inhalten im Zusammenhang mit Luftangriffen verboten<sup>5</sup>. Ein ansässiger Journalist in Doha berichtete, dass es "unmöglich sei, mit einer Kamera auf die Straße zu gehen"<sup>5</sup>. Diese Einschränkungen machten investigativen Journalismus faktisch unmöglich.

In Kuwait (auf Platz 128 der Pressefreiheits-Rangliste) forderten die Behörden die Öffentlichkeit auf, keine Bilder oder Informationen im Zusammenhang mit Luftangriffen zu veröffentlichen, die angeblich "Chaos stiften" und "die öffentliche Meinung destabilisieren" würden<sup>5</sup>. Dies bedeutete, dass jedes Foto oder jeden Kommentar, der von der Regierungslinie abwich, zur Grundlage eines Strafverfahrens werden könnte<sup>5</sup>. Der Geheimdienst der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) berichtete später, dass zehn Personen festgenommen worden seien, weil sie Medien Videos zur Verfügung gestellt hatten<sup>5</sup>.

Diese systemische Unterdrückung der Medienfreiheit war besonders bemerkenswert, da viele dieser Länder bereits vor dem Krieg zu den weltweiten Schlusslichtern der Pressefreiheit gehörten. Der Krieg diente als Katalysator, um bereits bestehende repressive Systeme zu intensivieren und auszudehnen.

## **Verfügbare Informationen über deutsche Verhaftete in der VAE**

Trotz des Fehlens prominenter Berichterstattung über deutsche Verhaftete gibt es tatsächlich Hinweise auf Verhaftungen deutscher Staatsangehöriger. Die Quelle "Detained in Dubai" berichtet explizit von Fällen, in denen "kanadische, russische und deutsche Staatsangehörige verhaftet wurden, nachdem sie privat ein Foto eines Drohnenangriffs auf ihr eigenes Wohnhaus an Familienmitglieder geschickt hatten, nur um sich selbst als sicher zu versichern"<sup>18</sup>. Dies zeigt eindeutig, dass deutsche Personen von der Verfolgung betroffen waren, und zwar unter den gleichen Umständen wie britische, französische, kanadische und andere Staatsangehörige.

Die Tatsache, dass deutsche Verhaftungen weniger prominent berichtet wurden als britische, könnte mehreren Faktoren zugeschrieben werden. Erstens ist die Anzahl der Deutschen in der VAE deutlich kleiner als die der Briten. Nach neuesten Bevölkerungsdaten gab es 2022 etwa 10.000 Deutsche in der VAE, während es 2026 etwa 240.000 Briten gab[24, 27]. Dies bedeutet, dass die Wahrscheinlichkeit, dass Deutsche unter den Verhafteten waren, statistisch geringer war. Zweiten, die Advocacy-Gruppe "Detained in Dubai" ist eine englischsprachige Organisation, die primär mit britischen und englischsprachigen Medien zusammenarbeitet. Dies könnte zu einer Verzerrung in der Dokumentation führen, wobei britische Fälle deutlicher erfasst und veröffentlicht wurden.

Es gibt einen dokumentierten Fall einer noch schwerwiegenderen Natur, der ein Deutscher betroffen ist, obwohl dieser nicht direkt mit den Kriegsverhaftungen verbunden ist. Ein deutscher Staatsangehöriger namens Dieter Kellouche, 42 Jahre alt, sitzt in einem VAE-Gefängnis eine lebenslange Strafe ab<sup>11</sup>. Nach Angaben von "Detained in Dubai" wurde Kellouche 2017 verhaftet und schnell verurteilt, nachdem er einen prominenten emiratischen Sheikh außerhalb seines Hauses

begrüßt hatte<sup>11</sup>. Der Sheikh, ein Cousin von Sheikh Mohammed bin Zayed, erkannte Kellouche nicht und schlug ihn körperlich<sup>11</sup>. Um das Gesicht zu wahren, hatte der Sheikh Kellouche dann arrestiert und angeklagt<sup>11</sup>. Kellouche wurde in Sharjah Central Jail inhaftiert, wo er Berichten zufolge misshandelt wurde und von seiner Botschaft über ein Jahr lang nicht besucht wurde<sup>11</sup>. Im Jahr 2026 wurde Kellouche in seinem Gefängnisbett von einem anderen Insassen angegriffen und zog sich mehrfache Frakturen zu<sup>11</sup>. Obwohl dies ein extremer Fall ist, illustriert er die Gefahr, der Deutsche und andere Ausländer in der VAE ausgesetzt sind, und die fehlende diplomatische Unterstützung, die von der deutschen Regierung geleistet wird.

## **Warum waren Britons prominenter in der Berichterstattung vertreten?**

Die Frage, die der Nutzer ursprünglich gestellt hat – warum hauptsächlich Briten berichtet wurden – hat mehrere erkennbare Gründe. Erstens gab es einfach mehr britische Verhaftete in absoluten Zahlen. Mit 240.000 britischen Expats und Touristen in der VAE waren Briten die zahlenmäßig stärkste westliche Gruppe[24, 27]. Dies bedeutet höhere Chancen, dass Briten von den Behörden erwischt wurden, besonders wenn sie fotografiert hatten oder Videos teilten. Statistische Wahrscheinlichkeiten spielten also eine Rolle.

Zweitens ist die britische Presse und die britischen Medien besonders aktiv und prominent in der Berichterstattung über diese Art von Fällen. Nationale Zeitungen wie der Daily Mail, The Independent, The Telegraph und The Times berichteten alle extensiv über britische Verhaftungen[2, 8, 31, 33]. Diese englischsprachigen Medien haben ein breites globales Publikum und ihre Berichte werden schnell international verbreitet. Im Gegensatz dazu würden deutsche Verhaftungen primär in deutschsprachigen Medien berichtet, die ein kleineres globales Publikum haben.

Drittens spielte die Advocacy-Gruppe "Detained in Dubai" eine zentrale Rolle bei der Dokumentation und Verbreitung von Informationen über Verhaftungen. Diese Organisation ist englischsprachig, hat enge Beziehungen zur britischen Presse und dokumentiert primär englischsprachige Fälle. Radha Stirling, die Geschäftsführerin, wurde von Dutzenden englischsprachigen Medienoutlets interviewt und zitiert. Dies schuf ein Feedback-Loop, in dem britische Fälle kontinuierlich dokumentiert und verstärkt wurden. Deutsche Fälle würden von dieser Struktur weniger erfasst werden, es sei denn, es gäbe auch deutsche Advocacy-Gruppen oder prominente deutsche Anwälte, die sich aktiv einmischten.

Viertens könnten die diplomatischen Reaktionen unterschiedlich gewesen sein. Der französische Präsident Macron kündigte öffentlich an, dass Frankreich verhandelt, um französische Bürger freizulassen<sup>19</sup>. Die britische Regierung gab hingegen nur vage Statements ab. Die deutsche Regierung ist in keinen verfügbaren Quellen mit einer klaren Stellungnahme zu deutschen Verhafteten vertreten. Dies könnte auch ein Grund dafür sein, dass deutsche Fälle weniger berichtet wurden – es gab weniger hochrangige diplomatische Dramen, die die Medien anziehen würden.

## **Die strukturellen Probleme der VAE-Cyberkriminalgesetze**

Die Gesetze der VAE zur Cyberkriminalität, unter denen diese Verhaftungen stattfanden, sind nach internationalen Standards extraordinär breit und restriktiv. "Reporter ohne Grenzen" und Advocacy-

Gruppen wie "Detained in Dubai" haben diese Gesetze als "drakonisch" charakterisiert<sup>2</sup>. Sie erlauben es den Behörden, eine extrem breite Palette von Verhaltensweisen kriminalisieren, darunter private Kommunikation, Kommentare in sozialen Medien, das Empfangen von Bildern und sogar hypothetische oder AI-generierte Inhalte.

Besonders problematisch ist die Anwendung dieser Gesetze retroaktiv und extraterritorial. Nach Berichten von "Detained in Dubai" können Personen, die vor ihrem Besuch in der VAE Inhalte geteilt haben, für Aktionen, die sie vor Jahren begangen haben, verhaftet werden<sup>18</sup>. Ein bekannter Fall ist der von Laleh Shahravesh, die über einen Jahre alten Facebook-Post verhaftet wurde, nachdem sie in die VAE gereist war<sup>18</sup>. Dies bedeutet, dass die Anwendung dieser Gesetze faktisch unbegrenzt sein kann.

Die mangelnde Rechenschaftspflicht der Behörden ist ein weiteres kritisches Problem. Nach Berichten wurden Häftlinge ohne angemessene juristische Vertretung festgehalten, ihnen wurde der Zugang zu konsularischen Vertretern verweigert und sie wurden unter Druck gezwungen, Geständnisse zu unterzeichnen<sup>8</sup>. In Fällen wie dem von Dieter Kellouche wurde ein Gefangener über ein Jahr lang von der deutschen Botschaft nicht besucht, obwohl dies Standard-Protokoll sein sollte<sup>11</sup>. Dies deutet auf systemische Versäumnisse bei der konsularischen Hilfe und der diplomatischen Vertretung hin.

Die Verwendung von breiten und vagen Begriffen wie "Störung der öffentlichen Sicherheit" und "Verbreitung unzuverlässiger Informationen" ist eine klassische Taktik von autoritären Regimen, um praktisch jede Form der Kritik oder abweichenden Meinung kriminalisieren zu können. Was eine Person als "legitime Neuigkeit" betrachten könnte, kann die VAE-Regierung als "unzuverlässige Information" einstufen. Während des Krieges würde praktisch jedes Video, das nicht die offizielle Regierungserzählung bestätigt, wahrscheinlich als "unzuverlässig" eingestuft werden.

## **Die Auswirkungen auf die Expat-Gemeinschaft und den Tourismus**

Die Verhaftungswelle hatte tiefgreifende Auswirkungen auf die Expat-Gemeinschaft und die Tourismusindustrie der VAE. Vor dem Krieg wurden etwa 240.000 Briten in Dubai durch eine Kombination von Faktoren angezogen: Das Fehlen einer Einkommensteuer, hohe Löhne in Sektoren wie Finanzen und Bildung, ein attraktives Klima und ein Ruf als ein "globales Party-Ziel"<sup>24</sup>. Dubai war zu einem der attraktivsten Ziele für Briten geworden, insbesondere für Londoner, die dem britischen Wetter und den hohen britischen Steuersätzen entkommen wollten<sup>24</sup>.

Nach dem Kriegsbeginn und der Verhaftungswelle kam es jedoch zu einer Massenauswanderung. Es wird geschätzt, dass etwa die Hälfte der britischen Expats Dubai nach den Kriegereignissen verlassen haben<sup>2</sup>. Dies bedeutet eine Migration von etwa 120.000 Menschen und einen massiven Drain von hochqualifizierten Fachleuten und Investoren, die die VAE-Wirtschaft in den letzten Jahren angetrieben hatten. Diese Auswanderung würde erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen haben, einschließlich Auswirkungen auf die Immobilienmärkte, die Servicebranche und die Finanzsektor.

Die Tourismusindustrie war ebenfalls betroffen. Im ersten Quartal 2025 hatte Dubai 1,04 Millionen britische Touristen begrüßt<sup>26</sup>. Nach dem Krieg und der Verhaftungswelle brach die Nachfrage zusammen. Touristen meiden Orte, an denen sie wissen, dass sie willkürlich verhaftet werden könnten, besonders für Aktivitäten wie das Fotografieren, die völlig normal in der übrigen Welt sind. Viele Touristen hätten ihre geplanten Dubai-Reisen storniert und Flüge zurück nach Europa oder anderswohin gebucht.

Die Auswanderung war nicht auf Briten begrenzt. Nach Berichten fanden auch andere westliche Expats – Amerikaner, Australier, Kanadier, Franzosen und Deutsche – einen Weg, Dubai zu verlassen[2, 22, 23]. Diese Diaspora von westlichen hochqualifizierten Arbeitern bedeutet nicht nur einen wirtschaftlichen Verlust für Dubai, sondern auch ein Reputationsverlust. Dubai wurde lange Zeit als ein "sicherer" und "stabiler" Hafen vermarktet, in dem westliche Expats ihre Karrieren aufbauen und ihre Familien erziehen konnten. Der Krieg und die nachfolgende Unterdrückung zeigten, dass die VAE diesen Hafen nicht so sicher war wie behauptet.

## **Schlussfolgerungen: Die Asymmetrie der Berichterstattung und die Versäumnisse der deutschen Medien**

Die ursprüngliche Frage des Nutzers war berechtigt: Warum wurde über britische Verhaftungen so intensiv berichtet, während deutsche Verhaftungen kaum erwähnt wurden? Die Antwort hat mehrere Schichten. Erstens sind die reinen Zahlen relevant: Mit etwa 24-mal so vielen Briten wie Deutschen in der VAE war eine höhere absolute Anzahl britischer Verhafteter zu erwarten. Zweitens spielte die englischsprachige Presse und die globale Aufmerksamkeit für englischsprachige Medienberichte eine Rolle. Britische Publikationen erreichen ein weltweites Publikum, während deutsche Publikationen primär deutschsprachige Leser erreichen.

Drittens spielte die Advocacy-Gruppe "Detained in Dubai" eine zentrale Rolle bei der Dokumentation und Verbreitung von Informationen, und diese Organisation arbeitete primär mit englischsprachigen Medien zusammen. Es gab keine äquivalente deutsche Advocacy-Gruppe, die systematisch deutsche Fälle dokumentierte und verbreitete. Dies ist ein strukturelles Defizit, das zu einer asymmetrischen Berichterstattung führte.

Viertens könnten die deutschen Behörden und die deutsche Medienlandschaft reaktiver hätten sein können. Im Gegensatz zum französischen Präsidenten Macron, der öffentlich diplomatische Interventionen ankündigte, gab es keine prominente deutsche Stellungnahme zu deutschen Verhafteten. Dies könnte auch bedeuten, dass deutsche Medien weniger "Anker-Punkte" für ihre Berichterstattung hatten. Wenn kein deutscher Minister oder keine prominente deutsche Persönlichkeit sich öffentlich zu Wort meldete, war es für die deutsche Presse schwieriger, die Geschichte zu erzählen.

Schließlich ist es möglich, dass die deutschen Verhaftungen in absoluten Zahlen weniger zahlreich waren. Mit nur etwa 10.000 Deutschen in der VAE im Jahr 2022 und möglicherweise etwas mehr im Jahr 2026, war die Wahrscheinlichkeit geringer, dass Deutsche unter den Verhafteten waren, verglichen mit den 240.000 Briten. Dies bedeutet nicht, dass die deutschen Fälle weniger wichtig sind, sondern einfach, dass sie numerisch weniger prominent sind.

Dennoch haben die verfügbaren Quellen klar dokumentiert, dass deutsche Staatsangehörige verhaftet wurden. Ein deutsches Paar oder eine deutsche Person wurde beispielsweise verhaftet,

nachdem es Fotos eines Drohnenangriffs auf sein eigenes Wohnhaus an Familienmitglieder verschickt hatte<sup>18</sup>. Dies ist ein grundlegend inakzeptabler Vorfall, der deutliche diplomatische und mediale Aufmerksamkeit verdient hätte. Das Fehlen dieser Aufmerksamkeit illustriert die Asymmetrie in der globalen Berichterstattung, die dazu führt, dass einige Menschenrechtsverletzungen besser dokumentiert und öffentlich gemacht werden als andere, nicht auf Grund der Schwere der Verstöße, sondern aufgrund von Medienstrukturen und linguistischen Faktoren.

Die Situation der Deutschen in der VAE während des Iran-Krieges 2026 verdient daher eine sorgfältige Überprüfung und weitere Recherche durch deutsche Medien und die deutsche Regierung. Die Tatsache, dass über britische Verhaftungen ausführlich berichtet wurde, während deutsche Verhaftungen im Hintergrund blieben, reflektiert nicht die relative Bedeutsamkeit der Fälle, sondern eher die Struktur der globalen Informationsdissemination.